



**Administrative Regierung
in der Funktion des
persistent objector
- ius cogens -**

Diplomatische Korrespondenz Protestnote

18-10-17/1 BdA

Aufforderung zur Einhaltung des internationalen Völkerrechts und zur Erfüllung der Restitutionspflicht, im Sinne des § 185, Völkerrecht;

Hilfeersuchen wegen erneuter, politisch motivierter Angriffe auf Büroräume, Infrastruktur und Vertreter der administrativen Regierung des Staates Freistaat Preußen und des Präsidiums des Deutschen Reichs/Deutschland, am 16. Oktober 2018 durch BRD-Verwalter der Länderverwaltungen der Bundesrepublik Deutschland (BRD)

Sehr geehrter Präsident der Vereinigten Staaten von Amerika, Seine Exzellenz Herr Trump,
sehr geehrter Botschafter der Vereinigten Staaten von Amerika, Seine Exzellenz Herr Grenell,
sehr geehrter Präsident der Russischen Föderation, Seine Exzellenz Herr Putin,
sehr geehrter Botschafter der Russischen Föderation, Seine Exzellenz Herr Netschajew,

ich, der bestellte Vertreter der administrativen Regierung des selbstständigen Bundesstaates Republik Baden für den Bereich des Auswärtigen, entbiete dem Präsidenten und dem Botschafter der Vereinigten Staaten von Amerika, dem Präsidenten und dem Botschafter der Russischen Föderation, im Namen aller Regierungsvertreter des, seit dem 11. Juni 2018 wiederhergestellten und sich in Reorganisation befindenden, selbstständigen Bundesstaates Republik Baden (vormals bis zum 10. Juni 2018: Bundesstaat Baden), meine besten Empfehlungen.

Ihre Vertretungen/Botschaften erhalten Details zu den oben erwähnten, erneut rein politisch motivierten, Übergriffen auf Einrichtungen des Staates Freistaat Preußen und des Präsidiums des Deutschen Reichs/Deutschland, am 16. Oktober 2018, von den Betroffenen selbst, mit Eingang ihrer Strafanzeige.

Unter dem Hintergrund dieser Übergriffe, die im internationalen Vertragsrecht als – terroristische Akte gegen staatliche Einrichtungen und Vertreter – zu werten sind, protestiere ich, im Namen aller Regierungsvertreter, gegen dieses Vorgehen der BRD-Verwalter auf das Schärfste und ersuche dringend Ihre Protektion, Ihren diplomatischen Beistand, sowie Ihre Fürsprache und Unterstützung.

Ihre Exzellenzen sind bereits durch eine Vielzahl von Veröffentlichungen, Bekanntmachungen, Strafanträgen, etc., über die derzeitige, unsägliche Situation in Deutschland/Deutsches Reich auf dem Staatsgebiet der Republik Baden und auch von den anderen Bundesstaaten in völkerrechtlicher Reorganisation (Freistaat Preußen, Bundesstaat Sachsen, Volkstaat Bayern, Freier Volksstaat Württemberg), sowie über das Präsidium Deutsches Reich, in Kenntnis gesetzt worden.

**Bereich des Auswärtigen
Mark Andreas a.d.F. Wilhelm**
über Poststelle zu Karlsruhe
Roggenbachstraße 19, [76133] Karlsruhe
Republik Baden, Deutschland

Diese unsägliche Situation wird weiterhin befeuert durch das Auftreten und Agieren der Verwaltungen der BRD, die, bekanntermaßen seit dem 27. April 2018, weite Gebiete des Deutschen Reichs und somit auch die der Republik Baden, usurpieren! Diese Usurpation wird mit allen Mitteln, unter dem Deckmäntelchen einer sog. „Rechtsstaatlichkeit“, mit Flankierung einer sog. „Freien Presse“, gegen die indigenen deutschen Völker durchgesetzt – so, wie es der aktuelle Anlaß erneut belegt.

An dieser Stelle sei Michel de Montaigne, französischer Jurist, skeptischer Philosoph, Humanist und Begründer der Essayistik, 1533-1592, aus Essais, III, 12, zu zitieren:

„Der schlimmste Geisteszustand, den man sich vorstellen kann, ist der, wo das Böse zum Rechtmäßigen wird und wo es, mit Zustimmung der Regierung, sich als Tugend maskiert; [...] die äußerste Erschütterung des Rechtsbewußtseins liegt, nach Plato, dann vor, wenn das, was Unrecht ist, für Recht gelten darf. [...]“

Es ist bereits alles geschrieben, verkündet und gesagt – der Genozid an den deutschen Völkern wird, mit aller Konsequenz, durch den Usurpator, seinen Helfern und seinen verbündeten Mächten fortgesetzt. Wir, die gewählten, administrativen Vertreter der Republik Baden, zusammen mit den beurkundeten Staatsangehörigen, die die historischen und politischen Wahrheiten aufdecken und als völkerrechtlicher persistent objector, friedlich die Bodenrechte und humanitären Menschenrechte aus dem Völkervertragsrecht konsequent einfordern, werden aus dem Weg geräumt.

Die deutschen Völker/das deutsche Volk ist durch eine „erfolgreiche Reeducation“ seit dem 2. Weltkrieg durch die „OLD GUARD“ der alliierten Besatzermächte, flankiert durch die eingesetzten Massenmedien und mittels gefälschter Geschichtsschreibung, hypnotisiert und wählt sich derzeit seinen eigenen Untergang an den Wahlurnen der BRD/EU.

Unter diesen Voraussetzungen ist eine friedliche Umsetzung der Restitution in Deutschland aus eigener Kraft, eine friedliche Entwicklung der deutschen Kulturen und Wiederherstellung der Grenzen, eine friedliche und stolze Besinnung der deutschen Völker auf ihre Staaten, auf ihren Staatenbund – ihre Nation, auf ihre Wurzeln und Urahnen, eine friedliche „Wiedergeburt“ ehrlicher und friedliebender, hart arbeitender Deutscher mit vorzüglichem Erfindergeist und philosophischem Geiste, **n i c h t** absehbar!

Die „OLD GUARD“, die Globalisten, die Kabbalisten (...), haben alle sichtbaren Machtstrukturen fest im Griff und setzen mit ihrem Usurpator, der BRD, die sich selbst, in vorsätzlicher Täuschung und Anmaßung, widerrechtlich **Deutschland** nennt, ihr satanisches Spiel gegen die deutschen Völker und gegen die viele anderen, friedliebenden Völker Europas, unerbittlich fort.

Die „OLD GUARD“ der alliierten Hauptsieger- und Hauptbesatzermächte des 2. Weltkrieges, hat Ihnen, sehr geehrte Exzellenzen, ein Edikt, eine Verpflichtung, ein Erbe und eine Bürde hinterlassen, das besiegte 3. Reich nicht, mit der von der „OLD GUARD“ eingesetzten BRD im (National)Sozialismus und in globalistischen Strukturen, neu auferstehen zu lassen!

Die Verpflichtung zur Restitution in Deutschland (Deutsches Reich, mit seiner Verfassung vom 16. April 1871) und damit auch in Baden (Republik Baden), im Status quo ante (bellum), in den letzten völkerrechtlich gültigen Rechtsständen, gemäß gültigem Völkervertragsrecht, liegt völkerrechtlich, mit der Besetzung Deutschlands, in Ihren Händen und fordert nun Ihre exekutive Macht. Dringend!

Wir wünschen uns Frieden mit allen Völkern dieser Erde auf dem Fundament der Wahrheit.

Gegeben zu Karlsruhe, am 17. Oktober 2018



*Reinhold Paulus
o. d. B. Willner*

Botschaft der Vereinigten Staaten von Amerika
S.E. Herr Richard Grenell
Pariser Platz 2; D - [10117] Berlin
S.E. Herr Präsident Donald Trump
per Fax: 030 830 510 50

Präsident der Russischen Föderation
S.E. Herr Präsident Wladimir Putin
Staraja Ploshchad d. 4; 103132 Moskau
per Fax: 007 495 606 0766

Botschaft der Russischen Föderation
S.E. Herr Sergej Jurjewitsch Netschajew
Unter den Linden 63 - 65; D - [10117] Berlin
per Fax: 030 229 93 97

